

X-

- die gesamten Einnahmen und Ausgaben,
- die Vermögenswerte und der Besitz,
- die wirtschaftliche Tätigkeit im In- und Ausland

allen Parteien und Organisationen offengelegt werden.

4. Justizfragen

4. 1. Erklärung der oppositionellen Gruppen:

1. Die Teilnehmer der Opposition am Runden Tisch bekräftigen ihre Haltung zum Beschluß vom 27.12.1989 über das Aussetzen der Bildung des Amtes für Verfassungsschutz bis zum 6.5.1990 und fordern die Regierung auf, alle Handlungen zu unterlassen, die dem entgegenstehen.
2. Die Teilnehmer der Opposition am Runden Tisch fordern zur Realisierung des Beschlusses vom 7.12.1989, Ziffer 2, zur Rechtsstaatlichkeit, gleichberechtigt zum zivilen staatlichen Beauftragten der Regierung eine von der Opposition benannte Vertrauensperson für die Auflösung des Amtes für Nationale Sicherheit einzusetzen. Darüber hinaus werden mindestens drei weitere Vertreter der Opposition zur Mitarbeit entsandt.
3. Die Regierung wird aufgefordert, bis zum 8. 1. 1990 einen Nachweis über die Uebergabe der Waffen an das Ministerium für Nationale Verteidigung und das Ministerium des Innern zu erbringen.

Neues Forum, Grüne Liga, Grüne Partei, Demokratie Jetzt, Demokratischer Aufbruch, SDP, Unabhängiger Frauenverband, Initiative Frieden und Menschenrechte, Vereinigte Linke. VdgB schließt sich an.

4.2. Der Runde Tisch unterstützt den Vorschlag des Neuen Forums:

In den vergangenen Tagen wurde in der Presse unseres Landes (z. B. ND vom 2. 1. 1990) die Forderung nach "handlungsfähigen Schutzorganen" erhoben. In soweit konnte der Eindruck entstehen, als sei die Rechtssicherheit der Bürger derzeit dadurch gefährdet, daß die bestehenden Schutzorgane nicht mehr in der Lage sind, die Kriminalität in der Gesellschaft wirkungsvoll zu bekämpfen. Damit unberechtigten Aengsten sachlich begegnet werden kann, sollte kurzfristig von der Generalstaatsanwaltschaft und dem Minister des Innern ein Bericht zur inneren Sicherheit erstellt werden. In einem solchen Bericht ist die tatsächliche Kriminalitätsbelastung nach der Zahl und der Schwere der Delikte darzulegen. Weiterhin muß die kriminelle Gesamtlast ins Verhältnis zur Größe des bestehenden Polizeiapparates gesetzt werden. Zugleich sollte die Frage beantwortet werden, ob die DDR wie bisher zu den Industrieländern mit der geringsten Kriminalität zählt - oder ob diese Einschätzung derzeit nicht mehr zutrifft.